

Februar 2017

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformationen	1
Kernbefunde	2
Politikerzufriedenheit: Schulz und Merkel gleichauf.....	3
Direktwahl: Schulz gegenüber Merkel im Vorteil.....	4
Schulz-Nominierung stärkt Wunsch nach Alternative im Bund.....	6
Regierungszufriedenheit: eine Hälfte zufrieden, andere Hälfte nicht	7
Motive der Wahlentscheidung: Der Kandidat ist nicht alles.....	8
Sonntagsfrage: Schulz-Nominierung bringt Schub für SPD.....	9
Nächste Regierung: kein Koalitionsmodell überzeugt mehrheitlich.....	11
Scheidender Bundespräsident Gauck: acht von zehn zufrieden	12
Amerika: massiver Ansehenseinbruch unter Trump	13
Neun von zehn besorgt um Demokratie in Türkei	15

ARD – DeutschlandTREND Februar 2017

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformationen

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Jürgen Hofrichter / Roberto Heinrich	
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte Fragen zur wirtschaftlichen Lage: ca. 500 Befragte	
Erhebungszeitraum	30. bis 31. Januar 2017 Sonntagsfrage: 30. Januar bis 01. Februar 2017	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Kernbefunde

Die SPD-Spitze hat sich auf Martin Schulz als Kanzlerkandidaten festgelegt. Der designierte SPD-Herausforderer findet ähnlich wie im Vormonat den Zuspruch von 55 Prozent der Deutschen. Schulz erreicht damit nicht ganz den Rückhalt, den Peer Steinbrück unmittelbar nach seiner Nominierung im Herbst 2012 (59 Prozent) genoss. Dass Schulz dennoch zu einem ernstzunehmenden Herausforderer für die CDU-AmtsInhaberin werden könnte, signalisiert die Kanzlerpräferenz der Deutschen. Bei einer Direktwahl würden 34 Prozent für Angela Merkel, 50 Prozent für Martin Schulz stimmen. Ähnlich wie die Nominierung von Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat im Herbst 2012 stärkt auch die Festlegung auf Martin Schulz den Wunsch nach Alternativen im Bund. Jeder zweite Wahlberechtigte (50 Prozent) spricht sich momentan für ein SPD-geführtes Kabinett aus, vier von zehn (39 Prozent) plädieren für eine Regierung unter Unions-Führung. Unmittelbar nach der Nominierung von Steinbrück hatten sich 46 Prozent für eine SPD-geführte Bundesregierung ausgesprochen, 42 Prozent für ein unionsgeführtes Kabinett. Wie nachhaltig die Kandidaten-Entscheidung die Sozialdemokraten letztlich tragen wird, hängt maßgeblich von der inhaltlichen Ausrichtung des SPD-Wahlkampfes ab. So orientieren sich nach eigenen Angaben sieben von zehn Wahlberechtigten (68 Prozent) bei ihrer Wahlentscheidung in erster Linie an den Lösungsvorschlägen der Parteien zu Sachfragen, nur 17 Prozent an den jeweiligen Spitzenkandidaten.

Kurzfristig beschert die Schulz-Nominierung der SPD deutlichen Rückenwind. Gegenüber Anfang Januar legt die SPD 8 Punkte zu, so dass sie aktuell auf 28 Prozent käme – der höchste Wert für die SPD im ARD-DeutschlandTREND seit September 2013 (28,0 Prozent). Die Union verliert gegenüber dem Vormonat 3 Punkte und hätte 34 Prozent in Aussicht. Die AfD gibt im selben Zeitraum 3 Punkte ab und käme aktuell auf 12 Prozent. Linke und Grüne können mit je 8 Prozent rechnen, und blieben damit leicht unter ihrem Vormonatswert (-1). Die FDP könnte einen Punkt auf 6 Prozent zulegen. Andere Parteien kämen momentan zusammen auf 4 Prozent (-1).

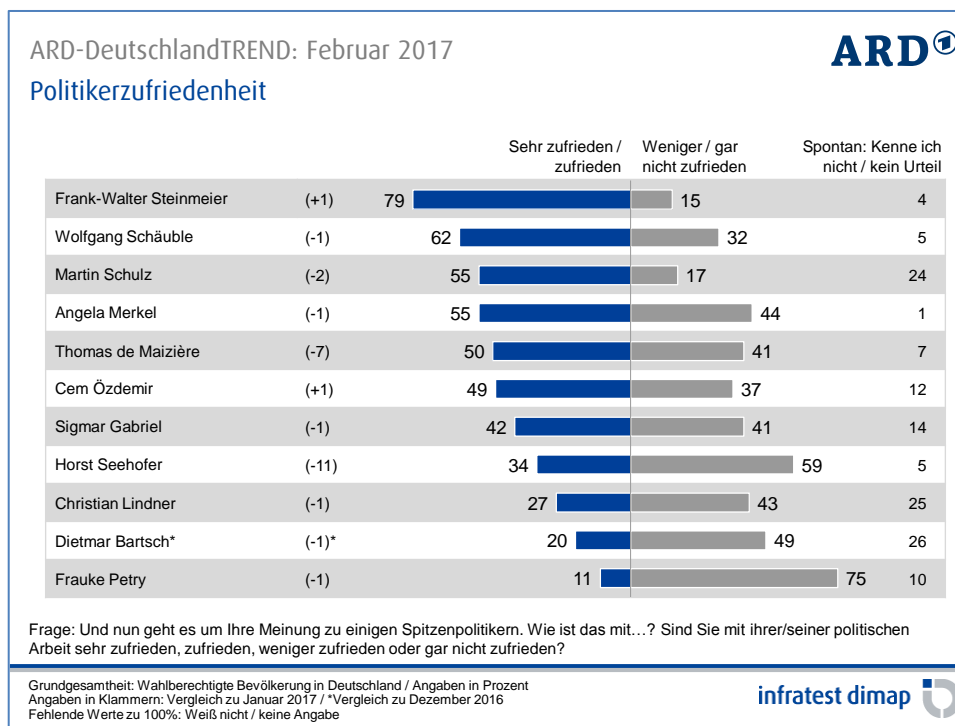
Der Wechsel von Barack Obama auf Donald Trump wird von einem massiven Ansehenseinbruch der Vereinigten Staaten begleitet: Betrachteten unmittelbar vor der Präsidentenwahl im November letzten Jahres sechs von zehn Bundesbürger (59 Prozent) die USA als vertrauenswürdigen Partner Deutschlands, sind es aktuell 22 Prozent – ein Rekordtiefstand im ARD-DeutschlandTREND. Die USA genießen damit aktuell in der deutschen Bevölkerung ein ähnlich geringes Vertrauen wie Russland (21 Prozent).

Unmittelbar vor der Türkei-Reise der Kanzlerin geben neun von zehn Deutschen (89 Prozent) an, dass sie sich Sorgen um die Demokratie in der Türkei machen. Der kritische Blick auf die türkischen Verhältnisse geht einher mit dem Wunsch nach einem entschiedeneren Auftreten gegenüber Ankara (83 Prozent). Zugleich sollten Verhandlungen mit der Türkei nicht um jeden Preis geführt werden. So fordert zwar jeder Zweite (50 Prozent) die Kanzlerin auf, alles für die Rettung des Türkei-Flüchtlingsabkommens zu tun, vier von zehn (42 Prozent) aber sind gegenteiliger Ansicht. Nicht nur hier wird deutlich, dass die Türkei aktuell von kaum einem Deutschen (4:93 Prozent) als vertrauenswürdiger Partner gesehen wird.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Politikerzufriedenheit: Schulz und Merkel gleichauf

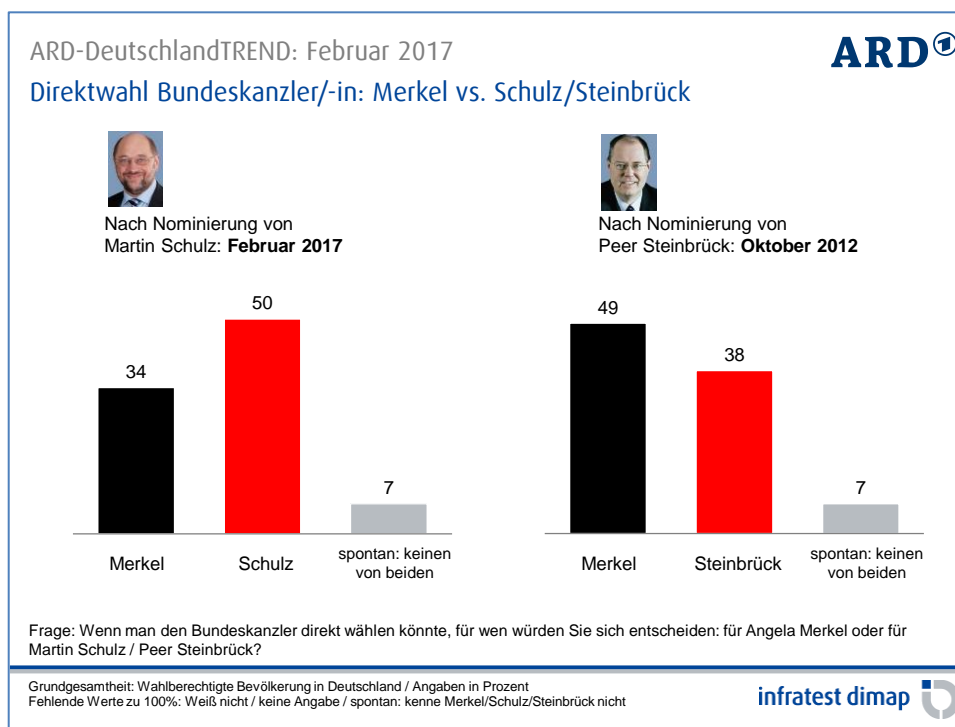
Die SPD-Spitze hat sich in der vergangenen Woche überraschend auf Martin Schulz als Kanzlerkandidaten festgelegt. Der designierte SPD-Herausforderer findet ähnlich wie im Vormonat den Zuspruch von 55 Prozent (-2) der Deutschen. Der EU-Politiker Schulz erreicht damit nicht ganz den Bevölkerungsrückhalt, den Peer Steinbrück unmittelbar nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten im Herbst 2012 (Oktober: 59 Prozent) genoss. Anders als damals reicht Schulz aktuell jedoch an die Popularität der CDU-Amtsinhaberin heran, auch Angela Merkel wird derzeit von 55 Prozent der Bundesbürger (-1) positiv bewertet. Im Herbst 2012 fiel ihr Zuspruch bei den Deutschen mit 67 Prozent noch wesentlich größer aus als gegenwärtig.

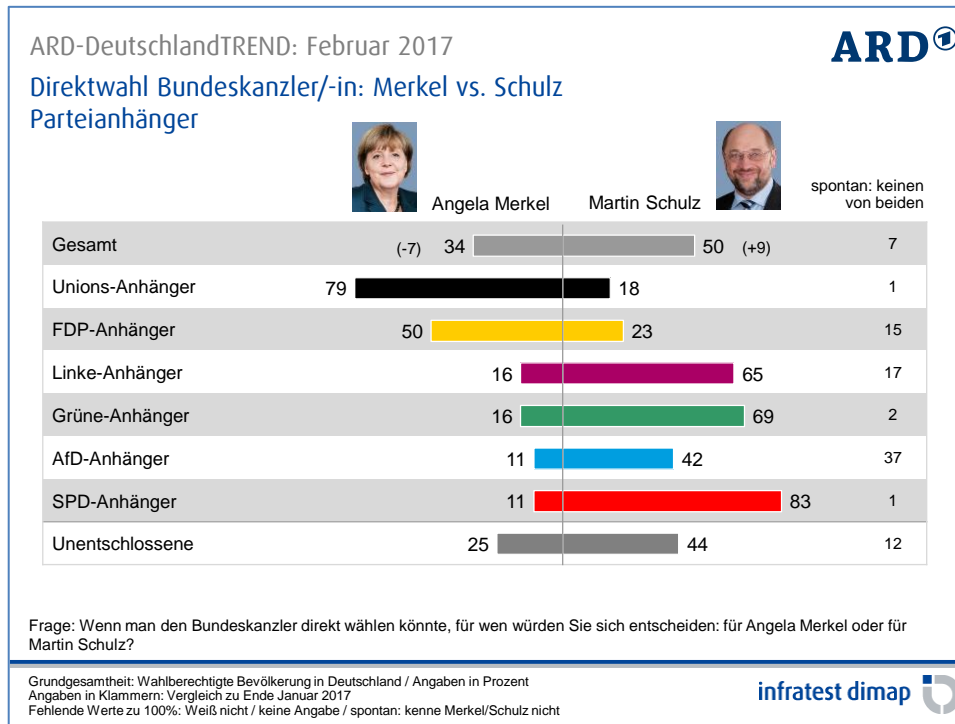


Einen größeren Rückhalt als die beiden Spitzenkandidaten von CDU und SPD zur Bundestagswahl genießen momentan der bisherige SPD-Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (79 Prozent; +1) sowie CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (62 Prozent; -1). Hinter Merkel und Schulz folgen CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière (50 Prozent; -7) sowie der frisch gekürte Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir (49 Prozent; +1) mit Zustimmungswerten von jeweils etwa 50 Prozent. Sigmar Gabriel wird nach seinem angekündigten Verzicht auf SPD-Kanzlerkandidatur und Parteivorsitz durch 42 Prozent (-1) zustimmend beurteilt. Deutlich büßt zum Vormonat CSU-Ministerpräsident Seehofer ein, der bundesweit jeden dritten Wahlberechtigten (34 Prozent; -11) überzeugt. Hinter dem CSU-Politiker rangiert der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner mit 27 Prozent (-1) Zustimmung. Auf den letzten beiden Plätzen finden sich Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch (20 Prozent; -1) sowie die AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry (11 Prozent; -1).

Direktwahl: Schulz gegenüber Merkel im Vorteil

Dass Martin Schulz durchaus zu einem ernstzunehmenden Herausforderer für die CDU-Amtsinhaberin werden könnte, signalisiert die Kanzlerpräferenz der Deutschen wenige Tage nach der SPD-Personalentscheidung. Anders als Peer Steinbrück unmittelbar nach seiner Nominierung im Herbst 2012, liegt Martin Schulz aktuell in der Direktwahlfrage vor der CDU-Amtsinhaberin. Bei einer Direktwahl würden aktuell 34 Prozent für Angela Merkel, 50 Prozent für Martin Schulz stimmen.

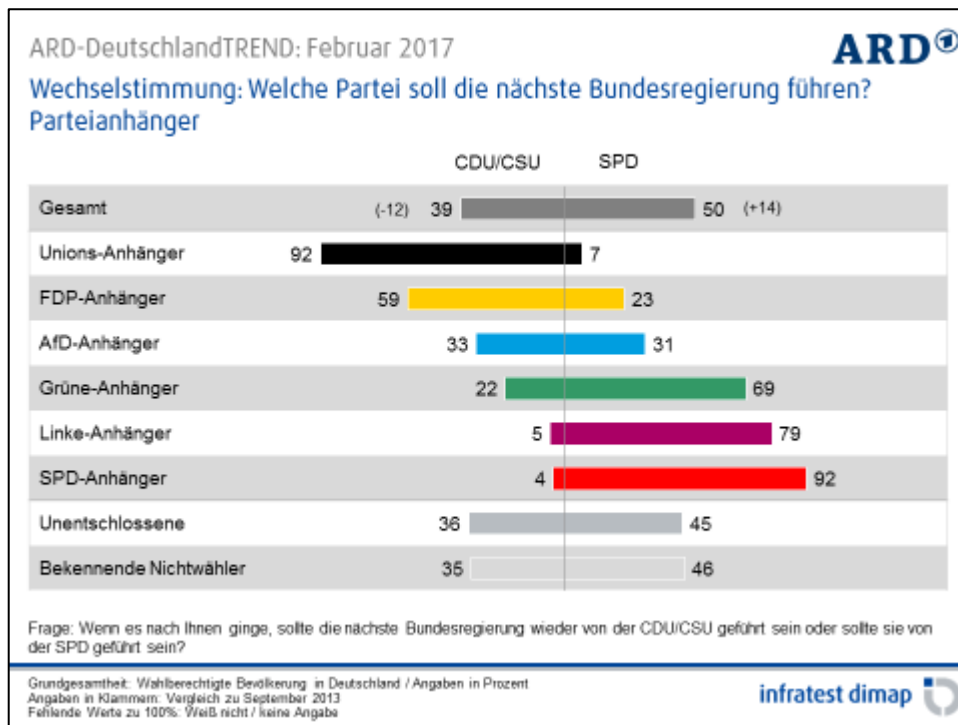




Merkel und Schulz sprechen die eigenen Anhängerschaften jeweils ähnlich stark an: Acht von zehn Unions-Anhängern (79 Prozent) favorisieren Merkel, etwa ebenso viele SPD-Anhänger unterstützen Schulz (83 Prozent). Der bisherige Europa-Politiker versammelt gleichzeitig jedoch auch das Grünen- (69 Prozent) und Linken-Milieu (65 Prozent) mehrheitlich hinter seiner Person. Die CDU-Vorsitzende dagegen hat momentan Schwierigkeiten, die Reihen der FDP zu binden. Nur jeder Zweite (50 Prozent) von ihnen würde sie im Kanzleramt vorziehen. Darüber hinaus kommt Merkel als Person bei AfD-Anhängern (11:42 Prozent) weniger an als der SPD-Kandidat, ebenso bei Nichtwählern (20:51 Prozent) und Unentschlossenen (25:44 Prozent).

Schulz-Nominierung stärkt Wunsch nach Alternative im Bund

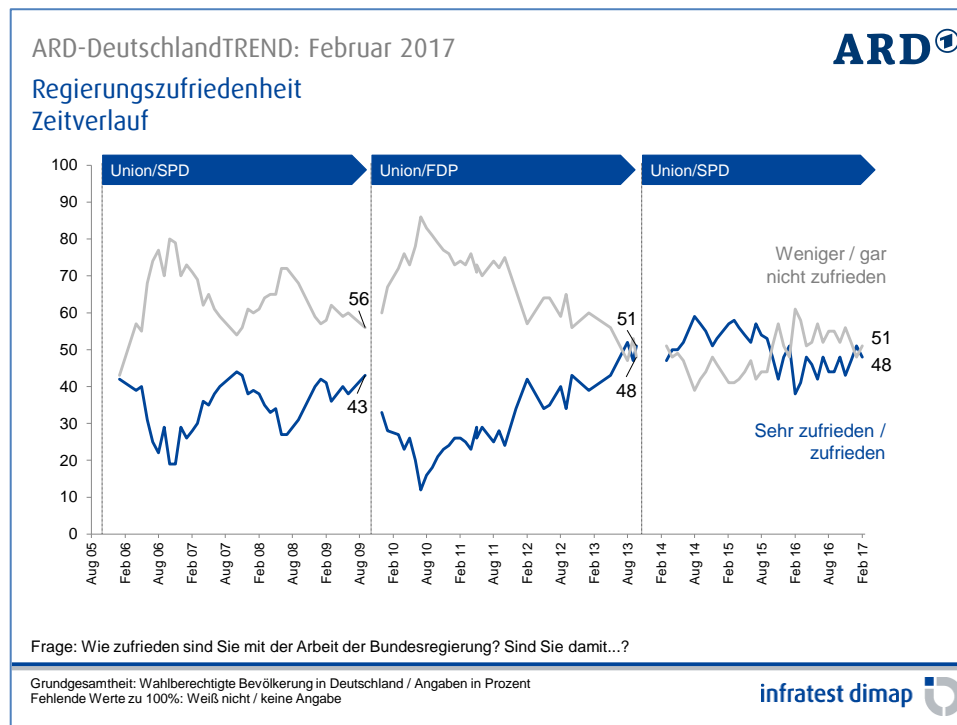
Ähnlich wie die Nominierung von Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat im Herbst 2012 stärkt auch die jetzige Benennung von Martin Schulz in der Bevölkerung den Wunsch nach Alternativen im Bund. Jeder zweite Wahlberechtigte (50 Prozent) spricht sich wenige Tage nach der Schulz-Entscheidung für ein SPD-geführtes Kabinett aus, vier von zehn (39 Prozent) plädieren für eine Regierung unter Unions-Führung. Unmittelbar nach der Nominierung von Peer Steinbrück zum SPD-Kanzlerkandidaten im Herbst 2012 hatten sich 46 Prozent für eine SPD-geführte Bundesregierung ausgesprochen, 42 Prozent für ein unionsgeführtes Kabinett. Eine Wechselstimmung festigte sich damals jedoch nicht. Im Gegenteil. Sie ging in den Folgemonaten wieder verloren.



Für einen Wechsel zugunsten der SPD plädieren aktuell die Anhänger von SPD (92 Prozent), Linken (79 Prozent) und Grünen (69 Prozent). Aber auch unter den Wahlberechtigten, die momentan nicht auf eine Partei festgelegt sind, findet ein SPD-Kabinett eher Zuspruch als eine unionsgeführte Bundesregierung (45:36 Prozent), ebenso bei denjenigen Bürgern, die momentan ihre Wahlteilnahme in Frage stellen (46:35 Prozent).

Regierungszufriedenheit: eine Hälfte zufrieden, andere Hälfte nicht

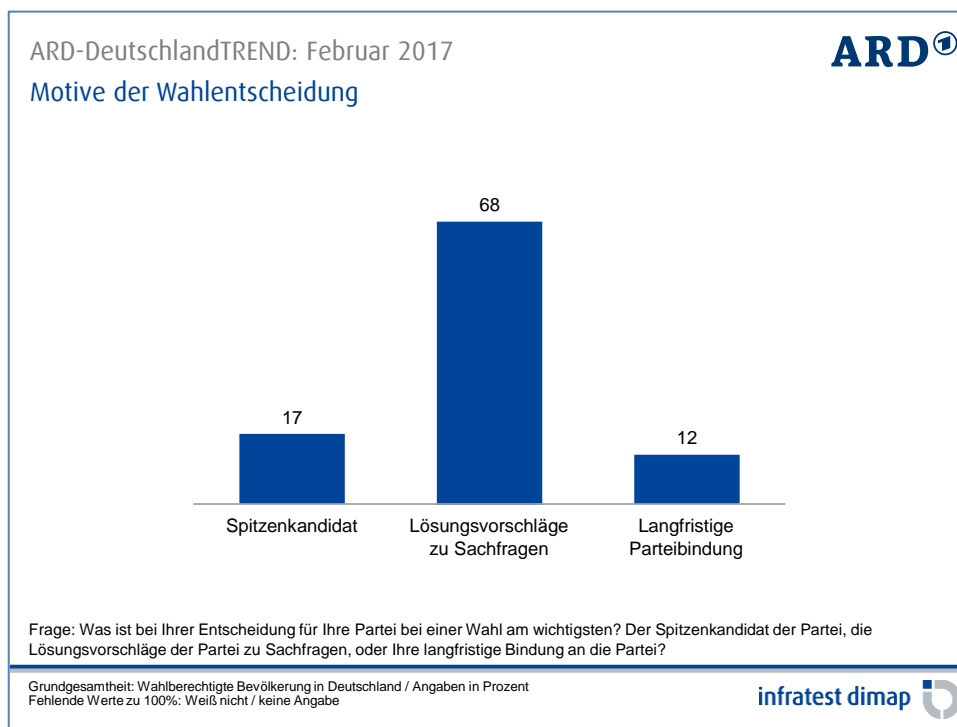
Während die SPD 2012 zur Nominierung von Peer Steinbrück in Opposition zu einer eher kritisch bewerteten schwarz-gelben Bundesregierung (Oktober 2012: 43:56 Prozent) stand, regiert sie aktuell in einem Kabinett, dessen Arbeit die Hälfte der Bundesbürger positiv beurteilt. Ähnlich wie im Vormonat überzeugt die große Koalition mit ihrer Arbeit etwa jeden zweiten Bundesbürger (48 Prozent; -3), ebenso viele üben Kritik (51 Prozent; +3). Zugute kommt der Bundesregierung die nach wie vor positive wirtschaftliche Stimmung in der Bevölkerung: Acht von zehn Deutschen (79 Prozent) bezeichnen ihre persönliche wirtschaftliche Situation als gut. Zugleich erwarten drei Viertel der Bundesbürger (73 Prozent), dass sich ihre Situation in den kommenden zwölf Monaten kaum verändern wird.



Die Zustimmung zur Regierungsarbeit im Bund überwiegt in den Reihen der Unions-Anhänger (76:24 Prozent) deutlich, ebenso bei den Wählern der Grünen (54:46 Prozent). In den Reihen der SPD (47:52 Prozent) halten sich Lob und Kritik dagegen in etwa die Waage. Eine kritische Perspektive nehmen die Anhänger der FDP (40:59 Prozent) und der Linken (35:65 Prozent) ein, insbesondere aber die der AfD (7:93 Prozent). Überwiegend unzufrieden gegenüber der Regierungsarbeit äußern sich zudem Personen mit einem geringeren Haushaltseinkommen (32:66 Prozent), formal weniger Gebildete (36:62 Prozent) sowie die Gruppe der Arbeiter (34:64 Prozent).

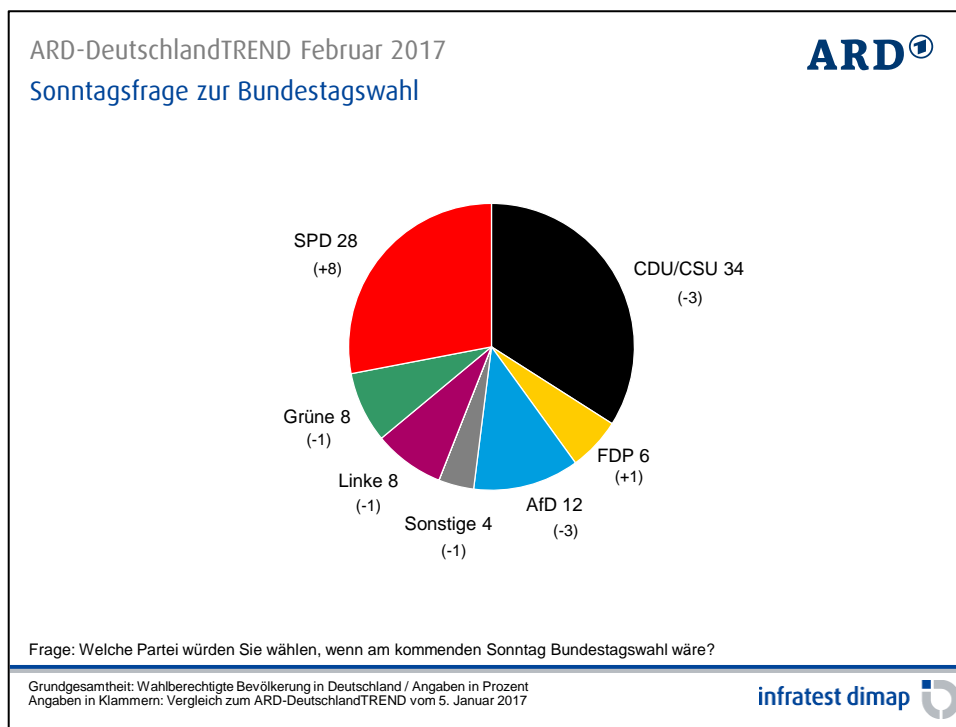
Motive der Wahlentscheidung: Der Kandidat ist nicht alles

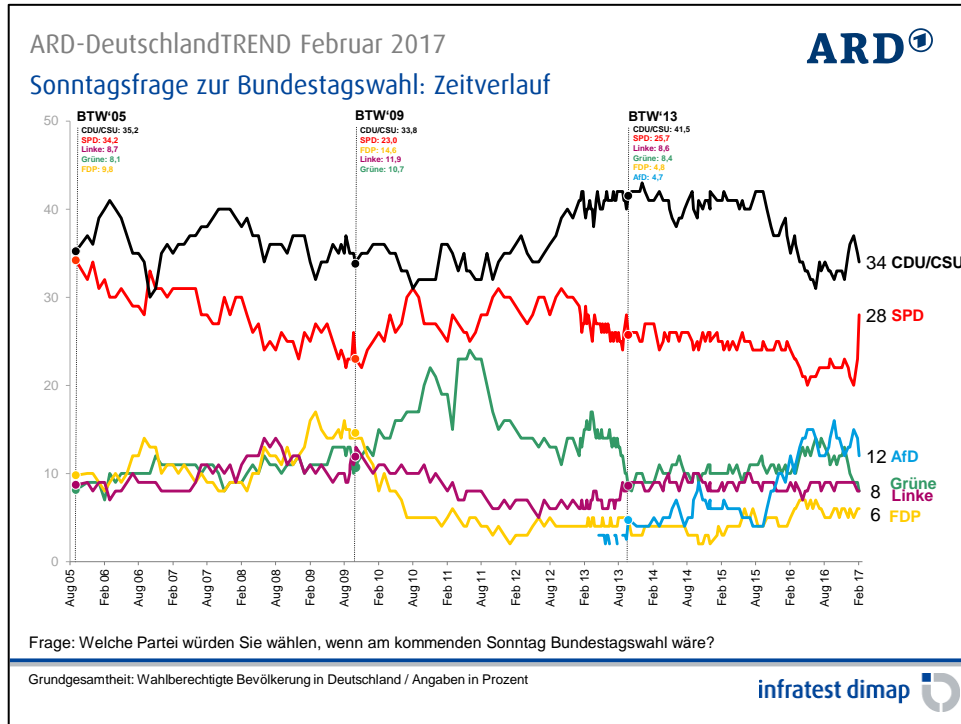
Wie nachhaltig die Kandidaten-Entscheidung die Sozialdemokraten letztlich tragen wird, dürfte maßgeblich von der inhaltlichen Ausrichtung des SPD-Wahlkampfes abhängen. So orientieren sich nach eigenen Angaben sieben von zehn Wahlberechtigten (68 Prozent) bei ihrer Wahlentscheidung in erster Linie an den Lösungsvorschlägen der Parteien zu Sachfragen, nur 17 Prozent an den jeweiligen Spitzenkandidaten. Weitere 12 Prozent betrachten ihre langfristige Parteibindung als maßgeblich für ihre Wahlentscheidung. Auch unter den SPD-Anhängern signalisieren aktuell sechs von zehn (60 Prozent), sich letztlich von inhaltlichen Erwartungen leiten lassen zu wollen.



Sonntagsfrage: Schulz-Nominierung bringt Schub für SPD

Kurzfristig beschert die Schulz-Nominierung der SPD deutlichen Rückenwind. Gegenüber Anfang Januar legt die SPD 8 Punkte zu, so dass sie aktuell auf 28 Prozent käme – der höchste Wert für die SPD im ARD-DeutschlandTREND seit September 2013. Die Union verliert gegenüber dem Vormonat 3 Punkte und hätte 34 Prozent in Aussicht. Die AfD gibt im selben Zeitraum 3 Punkte ab und käme aktuell auf 12 Prozent. Linke und Grüne können mit je 8 Prozent rechnen, und blieben damit leicht unter ihrem Vormonatswert (-1). Für die Grünen ist dies der niedrigste Wert im DeutschlandTREND seit Oktober 2013. Die FDP könnte einen Punkt auf 6 Prozent zulegen. Andere Parteien kämen momentan zusammen auf 4 Prozent (-1).

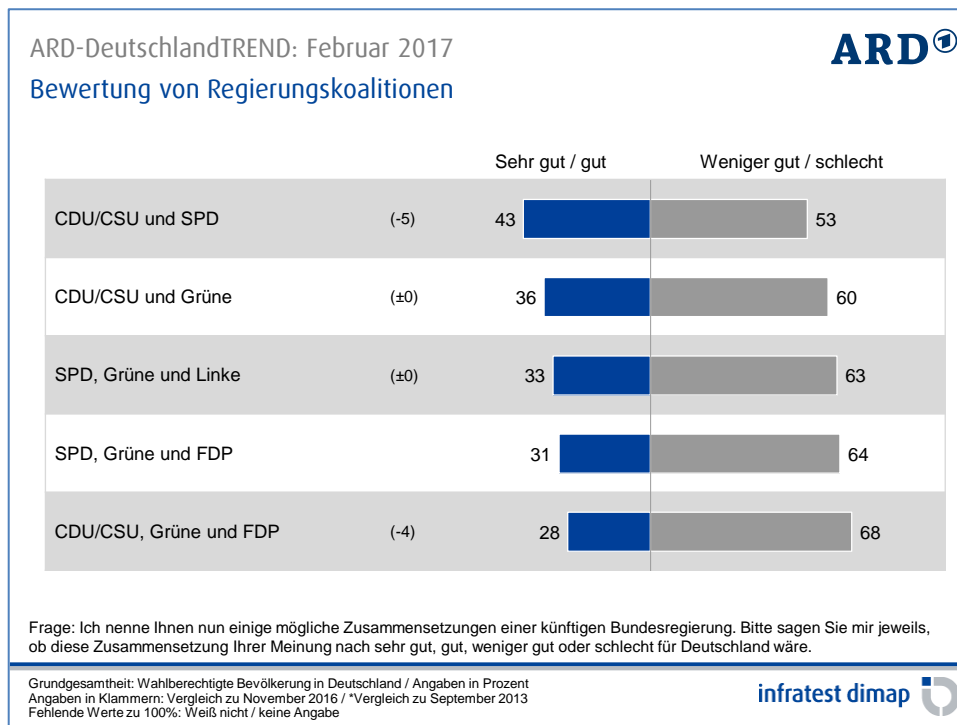




Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Nächste Regierung: kein Koalitionsmodell überzeugt mehrheitlich

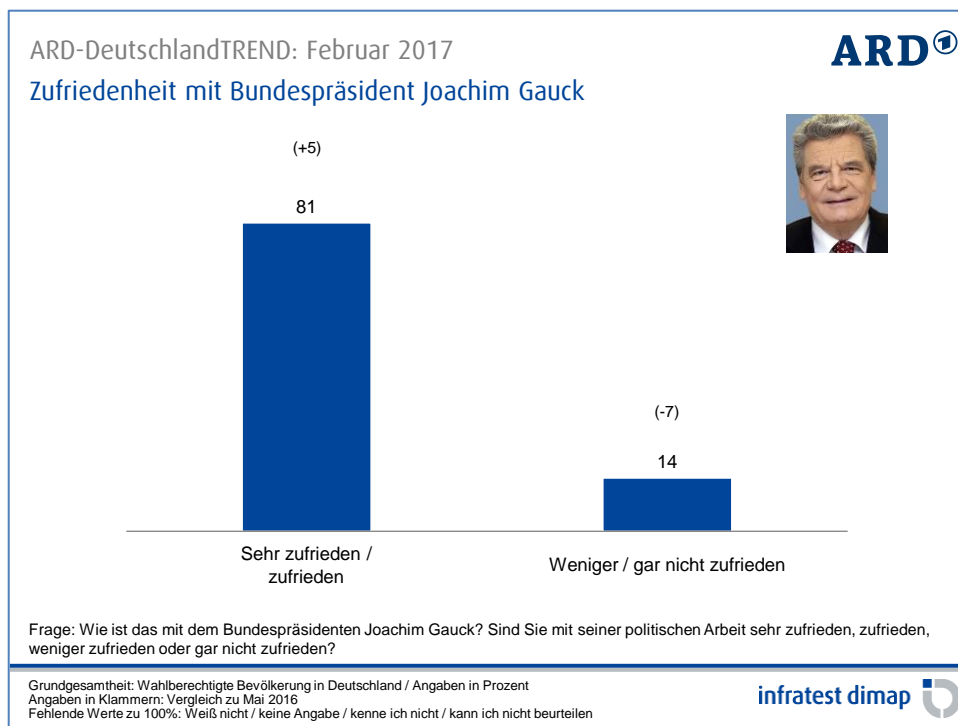
Bei einem Wahlausgang entsprechend der aktuellen Sonntagsfrage würde eine Regierungsbildung jenseits der großen Koalition selbst für Drei-Parteien-Modelle schwierig. Wohl auch deshalb genießt Schwarz-Rot weiterhin einen größeren Rückhalt in der Bevölkerung als andere Konstellationen: Ein Bündnis zwischen Union und SPD betrachten momentan vier von zehn Wahlberechtigten (43 Prozent) als sehr gut bzw. gut für die Bundesrepublik. Eine Koalition aus Union und Grünen im Bund findet bei 36 Prozent der Deutschen ein positives Echo, eine Drei-Parteien-Koalition aus SPD, Grünen und Linken bei 33 Prozent. Jeweils drei von zehn Deutschen stehen SPD- (31 Prozent) bzw. unionsgeführten Bündnissen (28 Prozent) mit Grünen und FDP positiv gegenüber.



Bei den Unions-Anhängern kommen gegenwärtig eine Neuauflage der großen Koalition (69 Prozent) und ein schwarz-grünes Bündnis (60 Prozent) am besten an. In den Reihen der SPD findet dagegen ein linkes Drei-Parteienbündnis aus SPD, Linken und Grünen mit 51 Prozent mehr Anklang als eine Fortsetzung der großen Koalition (41 Prozent) oder eine Ampelkoalition mit FDP und Grünen (37 Prozent). In den Reihen der Grünen schneidet ein Ampel-Bündnis unter Einschluss der FDP (62 Prozent) am besten ab, während Rot-Rot-Grün die Anhängerschaft erkennbar spaltet (46:53 Prozent). Vergleichsweise kritisch sehen die Grünen-Anhänger Schwarz-Grün (37:61 Prozent) oder Jamaika (19:81 Prozent).

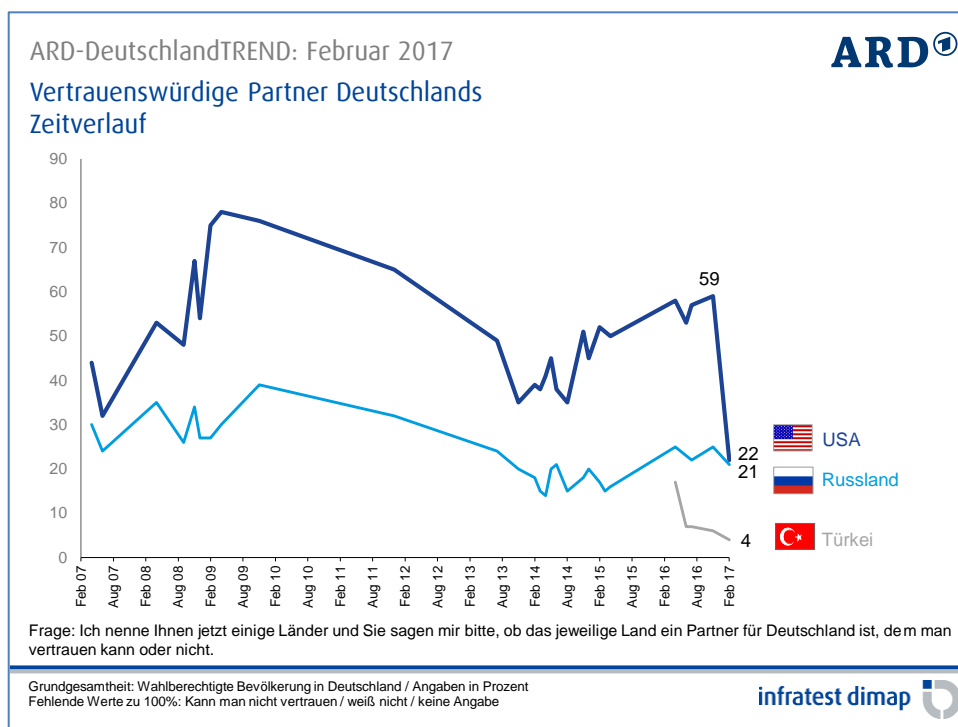
Scheidender Bundespräsident Gauck: acht von zehn zufrieden

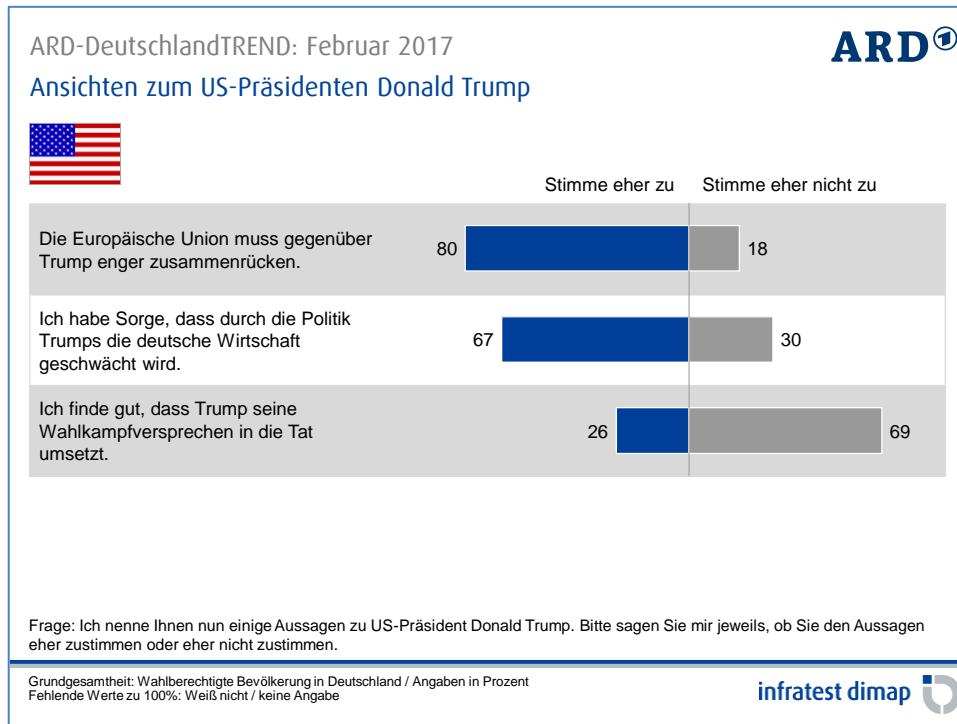
Am 12. Februar wählt die Bundesversammlung den Nachfolger von Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten. Dem scheidenden Bundespräsidenten stellen acht von zehn Deutschen (81 Prozent) ein positives Zeugnis aus. Joachim Gauck genießt in der Bevölkerung insgesamt großen Respekt, insbesondere unter den Anhängern von Grünen (94 Prozent) und Union (87 Prozent). Aber auch unter den Wählern der Linken überwiegt zum Ende der Amtszeit das positive Urteil (62:28 Prozent). Allein die AfD-Anhänger äußern sich mehrheitlich kritisch zu seiner Arbeit (35:60 Prozent).



Amerika: massiver Ansehenseinbruch unter Trump

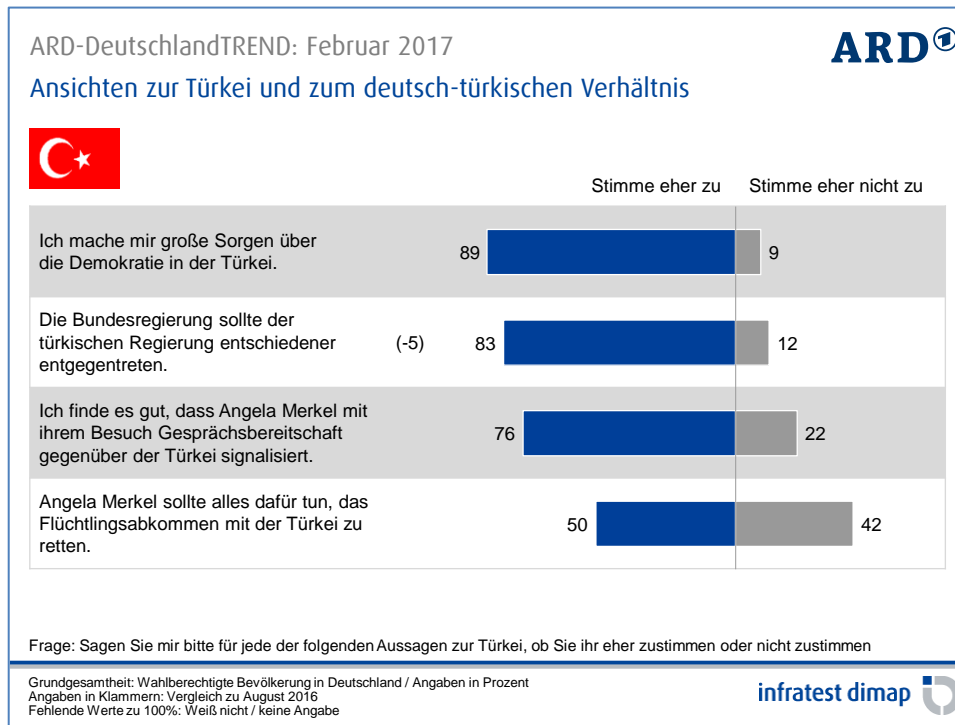
Der Wechsel von Barack Obama auf Donald Trump wird von einem massiven Ansehenseinbruch der Vereinigten Staaten begleitet: Betrachteten unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl im November letzten Jahres sechs von zehn Bundesbürgern (59 Prozent) die USA als vertrauenswürdigen Partner Deutschlands, sind es derzeit 22 Prozent – ein Rekordtiefstand im ARD-DeutschlandTREND. Die USA genießen damit aktuell in der deutschen Bevölkerung ein ähnlich geringes Vertrauen wie Russland (21 Prozent).





Die ersten Entscheidungen Donald Trumps im Amt des US-Präsidenten stoßen bei den Deutschen offensichtlich auf nur wenig Anklang: Nur jeder Vierte (26 Prozent) findet es gut, dass Trump begonnen hat, seine umstrittenen Wahlkampfversprechungen auch tatsächlich umzusetzen. Nach ersten Diskussionen über Importstrafzölle und deutschen Außenhandelsüberschüssen fürchten zwei Drittel (67 Prozent), dass die deutschen Firmen durch eine neue US-Wirtschaftspolitik geschwächt werden könnten. Acht von zehn (80 Prozent) vertreten die Meinung, die Europäische Union sollte wegen Donald Trump stärker zusammenrücken.

Neun von zehn besorgt um Demokratie in Türkei



Unmittelbar vor der Türkei-Reise der Bundeskanzlerin geben neun von zehn Deutschen (89 Prozent) an, dass sie sich Sorgen um die Demokratie in der Türkei machen. Der kritische Blick auf die türkischen Verhältnisse geht einher mit dem Wunsch nach einem entschiedeneren Auftreten der Bundesregierung gegenüber Ankara (83 Prozent). Dies schließt die Fortführung von Konsultationen mit der Erdogan-Regierung durchaus mit ein. So finden es drei Viertel der Deutschen (76 Prozent) prinzipiell gut, dass die Kanzlerin mit ihrem Besuch Gesprächsbereitschaft signalisiert. Allerdings sollten Verhandlungen mit der Türkei nach Ansicht vieler Deutschen nicht um jeden Preis geführt werden. So fordert zwar jeder Zweite (50 Prozent) die Kanzlerin auf, alles zu tun, um das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei zu retten, vier von zehn (42 Prozent) aber sind gegenteiliger Ansicht. Nicht nur hier wird deutlich, dass die Türkei aktuell von kaum einem Deutschen (4:93 Prozent) als vertrauenswürdiger Partner der Bundesrepublik gesehen wird.

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert